

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Alexander Bonde, Winfried Nachtwei, Jürgen Trittin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5594 –**

### **Keine U-Bootlieferung an Pakistan**

#### **A. Problem**

Widerruf der in Aussicht gestellten Genehmigung des Exports von U-Booten nach Pakistan vor dem Hintergrund der innen- und außenpolitischen Krise in Pakistan und dem erheblichen Risiko der militärischen Eskalation

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/5594 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Rolf Hempelmann**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/5594** wurde in der 154. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. April 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist daraufhin, dass die Bundesregierung deutschen Rüstungsunternehmen die Genehmigung für den Export von drei U-Booten in Aussicht gestellt und das Rüstungsgeschäft durch einen Hermes-Kredit in Höhe von 1, 2 Mrd. Euro abgesichert hat. Die in Aussicht gestellte Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ist angesichts der innen- und außenpolitischen Krise in Pakistan nach Auffassung der Antragsteller äußerst bedenklich. Bei dem Rüstungspaket soll es sich nicht um eine Einzelfallentscheidung handeln, sondern um den Grundstein für den weiteren Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit Pakistan und anderen Staaten der Region. Kritisiert wird, dass der Deutsche Bundestag vorab nicht über dieses Rüstungsgeschäft informiert worden sei.

Nach den Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung sei der Export von Kriegswaffen an Staaten außerhalb der NATO und der EU grundsätzlich verboten und nur im Einzelfall unter bestimmten Voraussetzungen zu genehmigen. Hierbei sei insbesondere zu berücksichtigen, wie das Empfängerland sich im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrorismus und Verpflichtungen zur Abrüstung verhalte. Bei Pakistan handele es sich um einen Krisenstaat mit erheblichem militärischem Eskalationspotential, der in der Vergangenheit erheblich zur Destabilisierung der Region beigetragen habe. Im Zuge der nuklearen Aufrüstung habe Pakistan, wie z. B. im Kaschmir-Konflikt, auch den Einsatz von Nuklearwaffen erwogen. Von pakistanischer Seite sei angekündigt worden, dass künftig auch U-Boote als Nuklearwaffenträger fungieren sollten.

Die Deckungszusage und die in Aussicht gestellte Genehmigung für den Export von U-Booten sollen daher nach dem Willen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerrufen werden. Des Weiteren sollen auch keinerlei Ausfuhren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern an Pakistan mehr genehmigt werden. Der Deutsche Bundestag soll künftig über Rüstungsexportfragen vorab und frühzeitig konsultiert werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 17. Oktober 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 80. Sitzung am 15. Oktober 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 96. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/5594 in seiner 80. Sitzung am 17. Dezember 2008 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/5594 zu empfehlen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

**Rolf Hempelmann**  
Berichterstatter

